Fokus Region

Maur Dignitas-Sterbehilfe: Gemeindepräsident Bruno Sauter will Rechtslage abklären

«Für Umfeld extrem belastend»

Das neue Sterbezimmer von Dignitas auf der Forch liegt in einem Wohnquartier. Maur klärt zur Zeit seriös die Rechtslage ab. Gemeindepräsident Bruno Sauter will Bürgerproteste verhindern.

Interview Bettina Sticher

Herr Sauter, gestern wurde öffentlich bekannt, dass die umstrittene Sterbehilfeorganisation Dignitas ihr Sterbezimmer auf die Forch in die Gemeinde Maur verlegt hat, nachdem sie aus Stäfa nach Bürgerprotesten vertrieben worden war. Wie stellen sie sich dazu?

Bruno Sauter: Persönlich und aus ethischen Überlegungen bin ich extrem kritisch eingestellt gegenüber dieser Art von Dienstleistung. Ich habe jedoch nicht fundamental etwas dagegen, dass sie auf dem Gebiet unserer Gemeinde stattfindet.

Das neue Sterbezimmer liegt aber nicht irgendwo, sondern wieder in einem Wohnquartier. Ist das überhaupt «zonenkonform»?

Wir prüfen zurzeit gewissenhaft, was unsere rechtlichen Möglichkeiten sind. Es handelt sich bei der Liegenschaft um ein Einfamilienhaus, dessen Besitzer Ludwig A. Minelli (Gründer und Generalsekretär von Dignitas, die Red.) selber ist und nicht um eine Mietwohnung wie in Stäfa. Auf keinen Fall will ich in Maur eine inszenierte Bürgerprotestaktion, die noch dazu von den Behörden unterstützt wird. Das ist pietätlos gegenüber den Menschen, die sich nach einem harten Schicksal für diesen letzten Schritt entschieden haben.

Was werden Sie tun, wenn sich doch Proteste regen?

Ich werde versuchen, die Bürgerinnen und Bürger zu beruhigen. Es darf nicht sein, dass Menschen auf dem Weg zum Tod mit erbosten Anwohnern konfrontiert werden. Wer Kritik üben will, sollte diese an den Inhaber von Dignitas richten und nicht an diese

Aber Sie können die Anwohner verstehen, die sich gegen diese Dienstleistung in ihrem Umfeld wehren wollen?

Natürlich, ich selber würde dies in meiner direkten Nachbarschaft auch nicht wollen. Das ist kein Vorwurf, sondern eine Frage der persönlichen Hygiene. Man weiss genau: Wer in diese Wohnung geht, wird nicht mehr lebend herauskommen. Für das Umfeld ist das extrem belastend. In unserem Kulturkeis und Wertesystem ist es ohnehin schwierig, mit dem Thema Freitod umzugehen.

Sind auf der Gemeindeverwaltung bereits Reklamationen eingegangen?

Nein, bisher nicht.

Hatte die Gemeinde mit Herrn Minelli im Zusammenhang mit Dignitas schon Kontakt?

Mit Herrn Minelli hatten wir auf Behördenstufe schon verschiedentlich Kontakt, aber in dieser konkreten Frage noch nicht.



Der Maurmer Gemeindepräsident Bruno Sauter will in seiner Gemeinde keine Bürgerprotestaktion wie in Stäfa. (Archiv)

Nachbarn lieben Minelli, nicht aber sein «stilles» Gewerbe

«Sterbetourismus bei uns?» Die Antwort der Anwohner lautet auch auf der Forch klar «Nein». Wir befragten sechs Nachbarn von Ludwig A. Minelli. Einig sind sich alle darin, dass eine Sterbewohnung an der Hans-Roelli-Strasse auf Dauer nicht in Frage kommt. Mit Namen zitiert werden wol-

Bedenken wegen Schaulustiger

«Stellen Sie sich vor, ein Leichen-

wäre eine Zumutung.» Die Nachbarn haben ganz konkrete Sorgen, was das Sterbezimmer betrifft. Dazu kommen Bedenken wegen «allfälliger Schaulustiger, die angelockt werden könnten».

Kritik an Behörden in Stäfa

Die Sterbehilfeaktion vom Mittwoch schätzen die Anwohner aber nur als «Provisorium wegen einer Notlage» ein. «Wo sonst hätte denn Minelli mit der sterbewilligen Polin hingehen sollen, wo er doch in Stäfa im Hauruckverfahren von einem Moment auf den anderen vor die Tür gesetzt worden ist», gibt ein Nachbar zu bedenken. Ihm sei doch nur die eigene Wohnung geblieben. Sicherlich werde er bald etwas anderes suchen. Ein anderer macht deswegen den Behörden in

Auf die Frage, warum denn Minelli

richtig darum kümmern können, weil er gerade während eines Monats in den Ferien weilte.

Minelli als hilfsbereiter Nachbar

besitze. (sti)

Chemieunfall in Industriebetrieb

Bei einem Chemieunfall in einem Industriebetrieb in Pfäffikon sind am Mittwochnachmittag rund 200 Liter Elektrolyt ins Erdreich gelangt. Wie die Kantonspolizei mitteilte, war ein 32-jähriger Angestellter um 15.15 Uhr damit beschäftigt, mit einem Gabelstapler einen Plastikcontainer von der Produktionshalle in ein Gebindelager zu transportieren. Während der Fahrt rutschte der auf einer Palette montierte Container von der Gabel und schlug leck. Dabei gelangten maximal 200 Liter der Elektrolyt-Lösung, bestehend aus Wasser, Säure und Zinn, auf den asphaltierten Vorplatz und von da ins angrenzende Erdreich. Bei diesem Gemisch handelt es sich um eine Lösung, die Verätzungen auf der Haut verursacht.

Durch das Amt für Wasser, Energie und Luft (Awel) wurde angeordnet, dass das kontaminierte Erdreich ausgebaggert und fachgerecht entsorgt wird. Da anfänglich der Umfang des Unfalls nicht genau bekannt war, kam es zu einem Grossaufgebot an Feuerwehren, Chemie- und Umweltspezialisten. So standen die betriebseigene Feuerwehr, die Feuerwehr Pfäffikon, die Stützpunktfeuerwehr Uster sowie Chemiespezialisten der Berufsfeuerwehren Winterthur und Zürich im Einsatz. Gemäss der Polizeimitteilung kam es zu keinen Umweltschäden. (zo)

Hittnau

Oldtimer Classics mit Neuauflage

Nach dem tödlichen Unfall bei den Oldtimer Classics im letzten Jahr hat das OK die Neuauflage beschlossen, dies meldete gestern Radio Zürisee. Am 6. und 7. September 2008 soll das Autorennen erneut stattfinden, sagte Christian Brunner, OK-Präsident der Oldtimer Classics. Er bestätigt auch, bereits Sponsoren für die Neuauflage gefunden zu haben. 40000 Franken der benötigten 100 000 seien Brunner bereits zugesichert worden. Die Untersuchung der Staatsanwaltschaft im Zusammenhang mit dem tödlichen Unfall im August 2006 ist noch nicht abgeschlossen. (zo)

Dübendorf

Militärflugplatz keine Option

Enttäuscht zeigt sich das Forum Flugplatz Dübendorf über den Nationalrat. Gestern hat es einer Initiative des Illnauers Max Binder (SVP) keine Folge geleistet und das Stationierungskonzept der Armee nicht zur Optimierung an den Bundesrat zurückgewiesen. «Die Beschränkung der Luftwaffe auf lediglich drei Flugplätze mit Kampfjetbetrieb sowie die gemachten und zukünftigen Konzessionen hinsichtlich der Flugbewegungen zwingen die Luftwaffe in ein Korsett, aus der sie sich beim notwendigen Teilersatz Tiger F-5E nicht mehr schadlos befreien kann», finden Forums-Präsident Peter Bosshard und Vorstandsmitglied Mike Chatton.

Als bedauerlich stuft das Forum ein, dass sich die bürgerlichen Parteien FDP und CVP in dieser wichtigen wehrpolitischen Frage nicht für den Erhalt der Option Dübendorf ausgesprochen hätten. Damit werde die permanente Luftraumüberwachung gefährdet. (cb)

In Kürze

Aktion am «Tag des Apfels»

Wetzikon. Der Apfel ist die am meisten gegessene Frucht in der Schweiz. Heute Freitag verteilen die Obstproduzenten an 31 Bahnhöfen und auf öffentlichen Plätzen Gratisäpfel und vermitteln Informationen zum Apfel. In Wetzikon beteiligen sich die Grüninger Obstproduzenten von 8 bis 12 Uhr auf dem Leuenplatz an der nationalen Aktion. (zo)

len sie nicht.

wagen käme rückwärts die Stichstrasse zu einem Hintereingang des Hauses hinauf, der Sarg würde eingeladen, und von oben käme ein Nachbar in seinem Auto, müsste deswegen warten und alles an sich vorbeiziehen lassen.» «Denken Sie an die Kinder, die unbeschwert auf der Strasse spielen. Sie würden immer wieder unvorbereitet mit dem freiwilligen Sterben fremder Menschen konfrontiert.» «Eine fast tägliche (200 pro Jahr) Konfrontation mit diesem umstrittenen Prozedere

Stäfa schwere Vorwürfe.

mit Dignitas immer wieder in Wohnquartiere gehe, meinten gleich mehrere: Minelli habe sich dieses Mal nicht

Minelli als Person schätzen die

Nachbarn nämlich sehr und schildern ihn als sympathisch und zuvorkommend. Minelli verwickelt Menschen gerne in einen Schwatz. Minelli hilft, wo es fehlt, und trägt auch gerne mal die schweren Einkaufstaschen den Weg hinauf. Um die gute Nachbarschaft nicht zu vergiften, wollen die Anwohner denn auch keine Widerstandsbewegung initiieren. «Falls Minelli wirklich in seinem Haus ein Sterbezimmer hätte einrichten wollen, hätte er doch sicher vorher informiert.»

Einer der Nachbarn allerdings gibt zu bedenken, dass Minelli ja seit Jahren sein Dignitas-Büro im selben Haus habe und deswegen sicherlich auch die Bewilligung für ein «stilles Gewerbe»

Region Entwurf des teilrevidierten kantonalen Richtplanes liegt öffentlich auf

Vier Mülldeponien im Oberland möglich

Der neue Entwurf des teilrevidierten kantonalen Richtplanes liegt derzeit öffentlich auf. Auf Kritik stossen in der Region bei den betroffenen Gemeinden die vier geplanten Deponien.

Felix Schindler

Wo in der Region soll in Zukunft der Müll gelagert werden? Wo könnten dereinst Hochspannungsleitungen verlaufen? Über Fragen wie diese soll der kantonale Richtplan Auskunft geben. Dieser enthält die geplante und bestehende Infrastruktur der Bereiche Versorgung, Entsorgung sowie öffentliche Bauten und Anlagen.

Gegenwärtig wird der kantonale Richtplan revidiert und befindet sich jetzt in der Vernehmlassung. Der Entwurf der Teilrevision und des dazugehörigen Richtplantextes liegen in den Gemeinden öffentlich auf und können im Internet unter www.richtplan.zh.ch eingesehen werden; die Bevölkerung ist aufgerufen, sich dazu zu äussern.

Keine Kritik an Stromleitungen

Im vorliegenden Plan ist etwa ersichtlich, welche Wasser-, Erdgas- und Hochspannungsleitungen, KehrichtverOberland bereits existieren oder in Zukunft erstellt werden könnten. Kaum umstritten seien die Versor-

gungsleitungen für Strom und Wasser, sagt Thomas Rubin, Sekretär der Planungsgruppe Zürcher Oberland. Sie verlaufen entweder entlang bestehender Leitungen oder unterirdisch.

Widerstand gegen Deponien

Dagegen sorgen vier geplante Deponien in der Region für rote Köpfe. Von dreien sind die Gemeinden Egg, Gossau und Grüningen betroffen. Eine weitere soll auf Rütner Gemeindegebiet festgesetzt werden. Wenn diese Deponien in der definitiven Fassung des kantonalen Richtplanes enthalten sind, heisst das noch nicht, dass dort bereits eine Deponie in der Entstehung begriffen ist. Aber die Gemeinden haben kaum mehr eine Möglichkeit, sich gegen eine künftige Realisierung zu wehren.

Deshalb stemmen sie sich jetzt gegen die Festsetzung der Deponien im Richtplan. Susanna Jenny, Gemeindepräsidentin in Grüningen: «Wir wollen nicht zum Abfallkübel des Kantons werden.» Tobias Zerobin, Gemeindeschreiber in Egg, sagt: «Wir werden uns mit Händen und Füssen gegen die Deponie wehren.» Zusammen mit dem Gossauer Gemeindepräsidenten Jörg Kündig will Jenny die Bevölkerung mobilisieren. Als erster Schritt wurde das Gebiet im Tägernauer Holz, wo eine Deponie entste-

brennungsanlagen und Deponien im hen könnte, mit Bändern markiert. Spä- Problem angesehen. Und auch in Wald ter soll eine Unterschriftensammlung folgen und die Kritik beim Kanton hinterlegt werden.

> Das letzte Wort hat allerdings der Kantonsrat. Wenn sich dort nicht eine Mehrheit der Stimmen für die Anliegen der Gemeinden einsetzt, kann der Kanton die Deponien realisieren.

> Die Gründe für den Unmut in Egg, Gossau und Grüningen sind im Wesentlichen dieselben. Zum einen seien die Gebiete, auf dem die Deponien entstehen könnten, wichtige Naherholungsgebiete der Gemeinden, sagen die Gemeindevertreter. Zum anderen befürchtet man in den Gemeinden eine grössere Verkehrsbelastung durch Schwerverkehr. Aus diesem Grund lehnen auch Nachbargemeinden wie Mönchaltorf die Deponien ab.

Kritik nicht berücksichtigt

Schon vor einem Jahr lag ein Entwurf des teilrevidierten Richtplanes auf, allerdings waren damals nur die Gemeinden zu einer Anhörung eingeladen. Und Egg, Gossau und Grüningen haben schon damals denselben Standpunkt vertreten wie heute. Offensichtlich wurde ihre Kritik im nun vorliegenden Entwurf des Richtplanes aber nicht berücksichtigt.

Die vierte Deponie liegt auf dem Gemeindegebiet von Rüti - an der Strasse zwischen Fägswil und Wald -, wird allerdings weniger dort als in Wald als

fürchtet man, dass das Dorf von 40-Tönnern überrollt werden könnte, wie der Walder Gemeindeschreiber Max Krieg bestätigt. Ein Rekurs gegen die geplante Deponie sei deshalb bereits eingereicht

Auch der Rütner Bauvorstand Pirmin Strässle geht davon aus, dass der gesamte Verkehr durch Wald fahren wird, nicht über Rüti und Fägswil. Ob sich der Rütner Gemeinderat gegen die Deponie stellen wird, will Strässle nicht vorwegnehmen. Ein entsprechender Entscheid stehe noch aus.

Seit 20 Jahren ein Anliegen

Nicht für Unmut, sondern für Erleichterung, sorgt indes der Eintrag eines Hochwasserrückhaltebeckens in Illnau-Effretikon im Entwurf des Richtplanes. Bisher sei das Projekt zwar auf Widerstand der Grundeigentümer gestossen, sagt der Stadtschreiber Kurt Eichenberger. «Doch für unsere Stadt ist das Hochwasserrückhaltebecken sei 20 Jahren ein Anliegen. Wir hofffen, dass der Kanton rasch mit dem Bau beginnt», erklärt Eichenberger. (fsc)